

**Gerhard Kruijff**

## **Die Armen der Reichen**

Was fordert die Option für die Armen von Christen in Deutschland?

Sowohl in seinem Rundschreiben *Evangelii gaudium* (2013) als auch in seiner Öko-Enzyklika *Laudato si'* (2015) betont Papst Franziskus den Vorrang der Armen und ordnet sie in eine Art „magisches Viereck“ ein, weil *„die Sorge um die Natur, die Gerechtigkeit gegenüber den Armen, das Engagement für die Gesellschaft und der innere Friede untrennbar miteinander verbunden sind“* (LS 10). Dadurch, dass er die Option für die Armen von der Gerechtigkeit her begründet, bekräftigt er zentrale Einsichten der lateinamerikanischen Theologie der Befreiung. Tatsächlich kann Papst Fran-

ziskus als ein gemäßigter Befreiungstheologe betrachtet werden.<sup>1</sup> Zugleich stellt er diesen befreiungstheologischen Ansatz in einen größeren Zusammenhang, indem er die Sorge für die Armen um die Sorge für die Natur ergänzt und beide Forderungen sowohl in ihrer politischen („Engagement für die Gesellschaft“) als auch ihrer spirituellen Dimension („innerer Friede“) interpretiert. Ohne Zweifel spricht er dabei nicht nur zu den Christen in den armen Ländern, sondern sicherlich auch zu uns im reichen Europa und im noch reicheren Deutschland. Was aber bedeutet eine Option für die Ar-

men für uns reiche Christen in Deutschland? Wer sind die Armen, um die wir uns sorgen sollten?

Als in den 1980er Jahren die Befreiungstheologie tausende in Vortragsäle lockte, wurde bei der „Nacht der Solidarität“ auf dem Münchener Katholikentag 1984 der brasilianische Kardinal Aloisio Lorscheider gefragt, was wir in Deutschland von Lateinamerika zu lernen hätten. Er forderte in einfachen Worten: „Stellt Euch die Frage: Habt Ihr in Deutschland keine Unterdrückten? Ihr müßt anfangen, denen bei der Befreiung beizustehen, die bei Euch in Deutschland unterdrückt sind. Wenn Ihr die Befreiung bei Euch erfahrt, dann könnt Ihr uns damit die größte Solidarität erweisen. [...] Und ein zweites wünschen wir uns von Euch: Stellt Euch die Frage: Unterdrückt Euer Land, Eure Wirtschaft andere Nationen? Das ist die zweite Frage, die die Armen in Lateinamerika an Euch Christen in Deutschland stellen. Es ist eine Aufgabe christlicher Solidarität, die Ausbeutung in Zukunft zu verhindern.“<sup>2</sup> Dieser doppelten Aufforderung folgend möchte ich den Blick zunächst auf Armutsprobleme in Deutschland, dann aber auch auf die deutsche Verantwortung für globale Armutsprobleme richten. Es gibt Armut in Deutschland, die, auch wenn sie nicht immer Ergebnis von Unterdrückung ist, mit größerem Engagement als bisher bekämpft werden muss. Aber auch die Armen der ganzen Welt sind in einem gewissen Sinn „unsere Armen“, für die wir Mitverantwortung übernehmen müssen, selbst wenn auch hier die Ursachenzuschreibung auf Ausbeutungsprozesse oder Unterdrückung zu kurz greift.

### Armut in Deutschland

Der neueste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung<sup>3</sup> betont, dass sich die Lage der ärmeren Einwohner Deutschlands seit 2005 deutlich verbessert habe, was u.a. an der stark zurückgegangenen Arbeitslosigkeit liege.<sup>4</sup> Misst man die Armutsrisikoquote als Anteil der Personen, deren bedarfsgewichtetes Nettoeinkommen

weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens<sup>5</sup> beträgt, so erhält man für Deutschland für die Jahre seit 2005 fast konstante Werte, die je nach Messverfahren zwischen 14 und 16% liegen. Hauptbetroffene sind Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende und die in deren Haushalten lebenden Kinder, kinderreiche Familien, wenn nur einer der beiden Eltern arbeitet, sowie junge Erwachsene in Ausbildung. In den nächsten Jahren werden ältere Menschen mit niedrigen Renten wieder stärker von Armut betroffen sein. Auch für Personen mit Migrationshintergrund ist das Armutsrisiko höher. Zu beachten ist allerdings, dass bei allgemein steigenden Erwerbseinkommen (wie in den letzten Jahren) mit dem mittleren Einkommen auch die relative Armutsschwelle ansteigt, so dass Menschen zusätzlich unter diese Schwelle fallen, ohne dass deren Einkommen gesunken sein muss. Ein gewisser Teil der Konstanz der Armutsquote trotz zurückgehender Arbeitslosigkeit hängt auch damit zusammen, dass es immer mehr Ein-Personen-Haushalte gibt.<sup>6</sup> Wichtig ist auch die Beobachtung, dass sich 42,2% der Betroffenen selbst nicht als „arm“ empfinden, insbesondere, wenn es sich um jüngere handelt, die noch in Ausbildung sind (ebd., 196).

All dies erfordert, dass die statistischen Angaben interpretiert werden müssen, um einerseits zu verstehen, wie problematisch die Situation für bestimmte Gruppen in unserer Gesellschaft tatsächlich ist, um aber auch andererseits die Entwicklungen nicht zu sehr zu dramatisieren. Kürzlich ist ein Bericht des Instituts „Arbeit und Qualifikation“ (IAQ) der Universität Duisburg–Essen unter dem Titel „Die Mittelschicht in Deutschland unter Druck“ erschienen<sup>7</sup>, der die soziale Lage in Deutschland als sehr problematisch darstellt. Jedoch zeigen die vom IAQ selbst aufgeführten Zahlen, dass die „Unterschicht“ (Einkommen unter 60% des Medians) von 1992 bis 2013 nur relativ leicht, nämlich von 13,1% auf 14,2% der Bevölkerung Deutschlands gestiegen, ja seit 2010, als mit 15,2% ein Höhepunkt erreicht war, sogar wieder gefallen ist. Der Bevölkerungsanteil, der als

Mittelschicht definiert ist (mit Einkommen über 60%, aber unter 200% des Medians), hat zwar von 1992 bis 2013 um 3,1 Prozentpunkte von 80,9% auf 77,8% abgenommen, ist aber ebenfalls gegenüber 2010 leicht angestiegen. Daraus einen Verfall der Mittelschicht abzuleiten, wie dies in manchen Zeitungen zu lesen war, ist sicherlich übertrieben, zumal ein Teil des Rückgangs dieser Mittelschicht dadurch entstanden ist, dass die Oberschicht (über 200% des Medians) zwischen 1992 und 2013 von 6 auf 8% angewachsen ist. Trotzdem gibt es Problemlagen, die sehr ernst zu nehmen sind. Dazu muss man allerdings etwas weiter ausgreifen und umfassender Lebenslagen betrachten, die nicht einfach unter Einkommensarmut zu fassen sind.

### Die vielen Gesichter der Armen

Eine wichtige Anregung dazu kann das Abschlussdokument der lateinamerikanischen Bischofsversammlung von 2007 in Aparecida geben, an dessen Redaktion der jetzige Papst maßgeblich beteiligt war. Es macht auf die Vielfalt unterschiedlicher „Gesichter der Armen“ aufmerksam und weist aus dem lateinamerikanischen Kontext heraus „auf die Migranten und die Opfer von Gewalt, auf Vertriebene und Flüchtlinge, auf Opfer von Entführungen und Menschenhandel, auf Verschwundene, auf Menschen, die an HIV und anderen Pandemien erkrankt sind, auf Drogenabhängige und ältere Menschen, auf Mädchen und Jungen, die zu Opfern von Prostitution, Pornographie und Gewalt oder von Kinderarbeit werden; auf misshandelte Frauen, die gesellschaftlich ausgeschlossen und Opfer von Menschenhandel zu sexueller Ausbeutung sind; auf Menschen mit abweichenden Anlagen, auf die großen Gruppen von Frauen und Männern, die arbeitslos sind, auf alle, die ausgeschlossen sind, weil sie beruflich keinen Anschluss mehr finden, auf Menschen, die auf den Straßen der Großstädte leben, auf Indigene und Menschen afrikanischer Abstammung, auf Landlose und Minenarbeiter“<sup>8</sup> hin. In die

„Option für die Armen“ sind also auch Menschen einzuschließen, die aus anderen als nur materiellen Gründen in Not sind.

Bezieht man diesen offeneren Armutsbegriff auf die in vielfältiger Weise andere Situation in Deutschland, dann müssen so ganz verschiedene (aber nicht trennscharf unterscheidbare) Gruppen wie die ungefähr drei Millionen Drogenabhängigen<sup>9</sup>, die zunehmende Zahl von inzwischen etwa 2,7 Millionen pflegebedürftigen Menschen<sup>10</sup>, die etwa 1,8 Millionen Menschen mit einem Behinderungsgrad von 100<sup>11</sup>, die etwa 1,6 Millionen Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren, die von Hartz IV leben<sup>12</sup>, die etwa 1,4 Millionen Demenzkranken<sup>13</sup>, die knapp 57.000 Strafgefangenen<sup>14</sup> und fast 11.000 Personen im sogenannten Maßregelvollzug<sup>15</sup> sowie die etwa 20.000 Obdachlosen<sup>16</sup> in den Blick genommen werden. Alte Menschen leiden oft unter Einsamkeit. Zwar gelten „nur“ etwa 6% der Menschen über 65 als „sozial isoliert“<sup>17</sup>, aber bei der derzeitigen Bevölkerungsstruktur in Deutschland sind das immerhin eine Million Personen. Die Zahl der über 10.000 Menschen, die sich in Deutschland jedes Jahr das Leben nehmen<sup>18</sup>, lässt auch vermuten, dass es viel psychische Not gibt. Alle diese Zahlen sind nur sehr grobe Indikatoren dafür, dass auch in Deutschland viele Menschen Not leiden und Hilfe brauchen – eine Hilfe, die sicherlich nicht nur in Geldleistungen bestehen kann, wenn sie wirklich eine Hilfe sein soll.

Im Vergleich zur Situation in Lateinamerika fallen dabei einige wichtige Unterschiede auf: Die Armen stellen in Deutschland nicht die Mehrheit. Deshalb werden sie auch in den Pfarrgemeinden, wenn sie dort überhaupt vertreten sind, nur sehr kleine Gruppen ausmachen. Außerdem hängt Armut in Deutschland weniger mit der allgemeinen ökonomischen Situation zusammen, sondern mit besonderen individuellen Problemlagen (geringe Qualifikation, Krankheiten, besondere Lebensschicksale), so dass die Armen sehr viel heterogener sind als in Gesellschaften, die insgesamt ärmer sind. Sie können sich deshalb innerhalb der Zivilgesellschaft auch nicht so einfach

organisieren und ihre Interessen politisch zu Gehör bringen. Deshalb kommt es in Deutschland sehr darauf an, dass sich auch diejenigen Christen, die selbst nicht arm sind, anwaltschaftlich für die Armen einsetzen.

### **Arme, die nach Deutschland kommen**

Weil Deutschland ein sicheres und reiches Land ist, ist es auch für Menschen attraktiv, die in ihren Heimatländern verfolgt werden, materielle Not leiden oder „nur“ für sich (und ihre Kinder) in ihrer Heimat keine Perspektive mehr sehen. Gerade in diesem Jahr (2015) wird das an den stark gestiegenen Zahlen von Asylbewerbern sichtbar, über die in den Medien auch ständig berichtet wird. Das Bundesinnenministerium und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge rechnen für 2015 mit 800.000 Asylbewerbern.<sup>19</sup> Obwohl dies in Relation zur Gesamtbevölkerung in Deutschland nur knapp 1% ausmacht, werden die Aufnahme- und Unterbringungseinrichtungen dadurch vor große Probleme gestellt, auch weil sich die Bundesrepublik auf einen solchen Zustrom nicht vorbereitet hatte. Im Vergleich zu vielen südlichen Ländern ist dieser Zustrom jedoch gar nicht einmal besonders hoch. Die Türkei hat im letzten Jahr 1,6 Millionen Flüchtlinge aufgenommen, Pakistan 1,51 Millionen und der Libanon 1,15 Millionen.<sup>20</sup> Dass der Flüchtlingsstrom nach Deutschland an vielen Orten rechtsradikale und rassistische Aktionen provoziert, ist eine Schande für Deutschland, vor allem, wenn man bedenkt, wie viele Menschen in Deutschland selbst Eltern oder Großeltern haben, die nach dem Zweiten Weltkrieg vertrieben wurden und fliehen mussten. Typischerweise ist der Ausländerhass dort am größten, wo der Ausländeranteil unter der Bevölkerung am niedrigsten ist. Wie groß die Not der Asylbewerber in ihren Heimatländern sein muss, lässt sich auch daran erkennen, welche Kosten, Strapazen und Risiken sie in Kauf zu nehmen bereit sind, um in eines der reicheren europäischen Länder zu gelangen. Viele

verlieren auf der Flucht ihr Leben. Schleuser rauben sie aus, betrügen sie oder überlassen sie einfach ihrem Schicksal.

Dringend müsste darüber nachgedacht werden, wie durch den Ausbau legaler Zugangswege das Schlepperunwesen bekämpft werden kann. Sicherlich kann Deutschland nicht beliebig viele Menschen aufnehmen. Auch ist zwischen Menschen, die legitimerweise das Recht auf Asyl in Anspruch nehmen, und anderen zu unterscheiden, die aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen. Aber auf Grund des demographischen Wandels und des damit verbundenen Rückgangs des Erwerbspersonenpotenzials könnten Migranten erheblich dazu beitragen, dass der Wohlstand in Deutschland auch für die Zukunft aufrecht erhalten werden kann. Eine Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung hat kürzlich nachgewiesen, dass Deutschland sehr wohl von Zuwanderung profitiert.<sup>21</sup> Migration kann für die Migranten selbst, aber auch für die Menschen in den Zielländern, sogar auch für die in den Herkunftsländern von Vorteil sein.<sup>22</sup> Dazu müssen Migranten freilich gut für den deutschen Arbeitsmarkt qualifiziert sein oder werden, und es muss gelingen, sie gut in die deutsche Gesellschaft zu integrieren, anstatt sie auszugrenzen oder Parallelgesellschaften entstehen zu lassen. Jedenfalls sind ausländerphobe Parolen, das Boot sei voll, sowohl hinsichtlich der realen Möglichkeiten als auch in Bezug auf die Interessen Deutschlands schlichtweg falsch.

Die wachsende Zuwanderung macht deutlich, dass die weltweite Armut uns auch deshalb angeht, weil die von ihr betroffenen Menschen versuchen, zu uns zu kommen, um bessere Lebenschancen zu haben. Dieser Migrationsdruck wird in Zukunft voraussichtlich noch stärker werden.

### **Armut weltweit**

Die meisten Flüchtlinge kommen aus Staaten, in denen es Bürgerkriege (wie z.B. in Syrien und Irak) oder gewaltsame Regime (wie in Eritrea) gibt, oder aus Län-

dern, in denen staatliche Institutionen kaum mehr funktionieren (wie z.B. in Somalia und Libyen). Andere kommen aus Ländern, in denen die wirtschaftliche Lage sehr schlecht ist und vor allem kaum Aussicht auf Besserung besteht. Migration entsteht letztlich aus extremen Ungleichheiten der Lebenschancen. Wären diese in allen Ländern annähernd gleich gut, hätte kaum jemand einen Grund, sein Land zu verlassen. Will man Migration begrenzen, muss man die Faktoren abzumildern versuchen, die die Menschen zur Auswanderung drängen. Diese Faktoren haben zentral mit der weltweiten Ungleichheit und der nach wie vor bestehenden extremen Armut in der Welt zu tun.

Im Jahr 2000 hatten die Vereinten Nationen die sogenannten „Millennium-Entwicklungsziele“ beschlossen<sup>23</sup> und dabei für das Jahr 2015 überprüfbare Zielmarken definiert. So sollte im Vergleich zu 1990 der Anteil der Menschen in extremer Armut in Entwicklungsländern (ursprünglich gemessen an einem Einkommen von 1 US-Dollar pro Kopf und Tag, inzwischen 1,25 US-Dollar) weltweit halbiert werden. Inzwischen liegt ein offizieller Bericht vor<sup>24</sup>, der zeigt, dass in vielen Bereichen in den 25 Jahren seit 1990 tatsächlich bedeutsame Fortschritte erzielt worden sind. Der Anteil der Armen in Entwicklungsländern wurde von 47% auf 14% reduziert, in Afrika südlich der Sahara allerdings nur von 57% auf 41%, in Südasien (v.a. Indien, Pakistan, Bangladesch) von 66% auf 17%. Auf Grund des hohen Bevölkerungswachstums ist die Reduktion bei den absoluten Zahlen allerdings geringer. Noch immer leben weltweit 836 Millionen Menschen in extremer Armut, 80% davon in Sub-Sahara-Afrika und Südasien. Und setzt man als Armutsgrenze 2 US-Dollar pro Kopf und Tag an, fällt die Reduktion weit niedriger aus. Immer noch leben weltweit ca. 2,2 Milliarden Menschen unter dieser Grenze<sup>25</sup>, das ist fast ein Drittel der Weltbevölkerung.

Auch in anderen Bereichen gibt es zwar Fortschritte, die aber zugleich noch bei weitem nicht ausreichen: Die Einschulungsquoten sind gestiegen, vor allem bei

den Mädchen. Kinder- und Müttersterblichkeit sind zurückgegangen. Auch bei der Bekämpfung von Krankheiten wie AIDS und Malaria gibt es Fortschritte. Trotzdem bleiben gravierende Probleme. Wenn in Afrika südlich der Sahara 80% der Kinder zur Schule gehen, heißt das eben auch, dass 20% noch keine Schulbildung genießen. Außerdem sagen solche Zahlen nichts über die Qualität der Schulbildung aus, die immer noch sehr mangelhaft ist. Fast überall sind Frauen auch noch deutlich benachteiligt: bei der Bildung, auf dem Arbeitsmarkt, bei den Einkommen und bei der politischen Beteiligung. Wenn es nicht gelingt, den Klimawandel zu begrenzen und seine Folgen abzufedern, werden auch die bisherigen Fortschritte wieder auf dem Spiel stehen.

### **Die Armen der Welt sind auch „unsere“ Armen**

Sicherlich wird man nicht behaupten können, die Bewohner Deutschlands seien direkt und unmittelbar für die Armut in den ärmeren Ländern verantwortlich. Die Hauptverantwortlichen sind die dortigen Regierungen, die oft von Eliten getragen werden, die sich wenig für die Armen in ihren Ländern einsetzen. Aber wir haben eine gewisse Mitverantwortung, da wir von günstigen Rohstoffen aus diesen Ländern und den niedrigen Löhnen dort sehr wohl profitieren. Durch bessere Kommunikationsmöglichkeiten, schnellere Verkehrssysteme und intensivere wirtschaftliche Vernetzung wächst die Welt immer mehr zusammen, so dass die gegenseitigen Abhängigkeiten zunehmen und damit auch die Notwendigkeit der Kooperation und die Verantwortung füreinander. Leider ist im Bewusstsein der Menschen der Gedanke einer nötigen weltweiten Solidarität unter allen Menschen noch viel zu wenig ausgeprägt. In der Denktradition katholischer Soziallehre jedoch gibt es dafür viele Anknüpfungspunkte, diese müssten freilich in den Gewissen der reichen Christen ernster genommen werden.<sup>26</sup> Schon Johannes XXIII. schrieb in Mater et Magistra 1961: „Wenn

nun die wechselseitigen Beziehungen der Menschen in allen Teilen der Welt heute so eng geworden sind, dass sie sich gleichsam als Bewohner ein und desselben Hauses vorkommen, dann dürfen die Völker, die mit Reichtum und Überfluss gesättigt sind, die Lage jener anderen Völker nicht vergessen, deren Angehörige mit so großen inneren Schwierigkeiten zu kämpfen haben, dass sie vor Elend und Hunger fast zugrunde gehen und nicht in angemessener Weise in den Genuss der wesentlichen Menschenrechte kommen.“ (MM 157) Auch die Pastoralkonstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils *Gaudium et spes* prangert „allzu große wirtschaftliche und gesellschaftliche Ungleichheiten zwischen den Gliedern oder Völkern in der einen Menschheitsfamilie“ an, denn „sie widersprechen der sozialen Gerechtigkeit [...]“ (GS 29) Auch Papst Franziskus hat in seinem apostolischen Rundschreiben *Evangelii gaudium* eine solche Perspektive der Verantwortung für die ganze Welt eingenommen: „Die Wirtschaft müsste, wie das griechische Wort *oikonomía* – Ökonomie – sagt, die Kunst sein, eine angemessene Verwaltung des gemeinsamen Hauses zu erreichen, und dieses Haus ist die ganze Welt. Jede wirtschaftliche Unternehmung von einer gewissen Tragweite, die in einem Teil des Planeten durchgeführt wird, wirkt sich auf das Ganze aus. Darum kann keine Regierung außerhalb einer gemeinsamen Verantwortung handeln.“ (EG 206)

Angesichts der Tatsache, dass viel zu wenige Menschen sich für das Weltgemeinwohl einsetzen, konstatiert Papst Franziskus eine „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ (EG 54), wobei er sich und seine Kirche dabei gar nicht ausnimmt, sondern von „wir“ spricht: „Fast ohne es zu merken, werden wir unfähig, Mitleid zu empfinden gegenüber dem schmerzvollen Aufschrei der anderen, wir weinen nicht mehr angesichts des Dramas der anderen, noch sind wir daran interessiert, uns um sie zu kümmern, als sei all das eine uns fern liegende Verantwortung, die uns nichts angeht.“ Zugleich betont er massiv, dass man die Religion nicht „in das vertrauliche Innenleben

der Menschen verbannen“ dürfe (EG 183): „Ein authentischer Glaube – der niemals bequem und individualistisch ist – schließt immer den tiefen Wunsch ein, die Welt zu verändern, Werte zu übermitteln, nach unserer Erdenwanderung etwas Besseres zu hinterlassen.“ (ebd.) Im Bewusstsein des gemeinsamen Hauses, in dem wir mit der ganzen Menschheit zusammenleben, müssen wir gerade als reiche Christen auch die Armen in entfernt liegenden, kulturell und religiös anders geprägten fremden Ländern gleichwohl als „unsere Armen“ begreifen und entsprechend zu größerer Solidarität bereit sein.

### **Möglichkeiten des Engagements von Christen und Kirche**

Im Vergleich zu vielen anderen Ländern auf der Welt funktioniert der deutsche Sozialstaat, für den auch ständig steigende Mittel aufgewandt werden, leidlich gut. Trotzdem ließe sich die Situation der Armen in Deutschland sicherlich durch eine Erhöhung mancher Transferleistungen (z.B. des Kindergeldes, damit nicht Familien wegen ihres Kinderreichtums unter die Armutsgrenze fallen) und die Verbesserung von Rahmenbedingungen (z.B. mehr Kinderbetreuung, damit auch Alleinerziehende einfacher einer Arbeit nachgehen können) erleichtern. Ich habe jedoch den Eindruck, dass solche Maßnahmen vielleicht gar nicht die entscheidenden sind.

Das Wichtigste, was wir in Deutschland zur Verbesserung der sozialen Situation brauchen, scheint mir eine unterstützende „soziale und kulturelle Infrastruktur“ zu sein. Dies gilt beispielsweise für die Unterstützung von Arbeitslosen. Hier kommt es nicht nur darauf an, rechtliche Regeln administrativ korrekt zu exekutieren und die Betroffenen finanziell zu unterstützen. Es kommt vielmehr darauf an, dass sie gut beraten werden, dass man ihnen hilft und ihnen Mut macht. Wir brauchen deshalb insgesamt in unserer Gesellschaft eine „Kultur des Kümmerns“.<sup>27</sup> Das lässt sich sicherlich auf alle übertragen, die in irgendeiner Weise

in Not sind und Unterstützung brauchen, einschließlich der Migranten, die jetzt zu uns zu kommen versuchen.

Zur „Kultur des Kümmerns“ gehört es auch, dass Behördenvertreter/innen und Mitarbeiter/innen in Diensten und Einrichtungen aller Art sensibel werden für die Nöte der Betroffenen und bereit sind, ihnen auch dann weiterzuhelfen, wenn sie nicht unmittelbar zuständig sind. Entscheidend ist schon, dass Hilfesuchende höflich und korrekt behandelt werden, dass man ihnen in einer wertschätzenden Haltung begegnet, ihnen sinnvolle Beratung anbietet oder vermittelt, möglichst mit direkter Anbahnung eines ersten Kontakts. Zu oft fühlen sich Hilfesuchende nicht ernst genommen, hin- und hergeschoben zwischen verschiedenen Stellen, die den Eindruck vermitteln, dass sie die Hilfesuchenden lieber loswerden wollen.

Solche Appelle sind aber nicht nur an professionell Helfende zu richten. Zur „Kultur des Kümmerns“ würde es auch gehören, in der Nachbarschaft, beim Einkaufen, im Sportverein, in den Kirchengemeinden die Bereitschaft zu stärken, aufeinander zu hören, sensibler zu werden für die Nöte der anderen und einander zu unterstützen. Nicht zuletzt können hier auch Ehrenamtliche viel leisten, wenn sie entsprechend begleitet und unterstützt werden. Relativ erfolgreich sind beispielsweise Projekte der Caritas, die „Paten“ und „Patinnen“ für Familien mit besonderen Problemen, für Jugendliche im Übergang von Schule in Berufsausbildung oder von Ausbildung in Beruf oder für ältere Menschen, die Unterstützung brauchen, organisieren und vermitteln. Ähnliche Unterstützungsmöglichkeiten sind hilfreich für andere Gruppen Bedürftiger, zum Beispiel für pflegende Angehörige, für psychisch Kranke, für Migranten. Nach der jüngsten „Zeitverwendungserhebung“ des Statistischen Bundesamtes<sup>28</sup> verwenden die Menschen in Deutschland im Durchschnitt pro Tag nur 21 Minuten für freiwilliges Engagement, aber mehr als zwei Stunden für Fernsehen und Videos, für die Mediennutzung insgesamt über drei Stunden.<sup>29</sup> Da wäre also bei

aller beklagten Zeitknappheit für das ehrenamtliche Engagement noch Luft nach oben.

Diejenige gesellschaftliche Institution, in der besonders auf die Wahrnehmung von Chancen vorbereitet und in der auch selbst Chancen verteilt (und vorenthalten) werden, ist das Bildungssystem. Trotz vieler Anstrengungen der letzten Jahre werden in Deutschland durch Bildung die Ungleichheiten der Herkunft wenig ausgeglichen, sondern oftmals zementiert oder verschärft.<sup>30</sup> Dabei ist eigentlich klar, was hier helfen würde: bessere frühkindliche Förderung, längeres gemeinsames Lernen, Ganztagschule mit ganzheitlichen Lernkonzepten und schließlich Gesamtschulen, in denen Kinder bei starker interner Differenzierung im Unterricht zwar gemeinsam lernen, aber unterschiedliche Abschlüsse machen. In den Bildungseinrichtungen bräuchte es viel mehr personelle Ressourcen, um sich um die einzelnen Schüler besser „kümmern“, d. h. auf individuelle Problemlagen angepasster und gezielter reagieren zu können. Das gilt insbesondere für die vielen Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die in die schulischen Lernprozesse integriert werden müssen.

In politisch-strategischer Hinsicht begegnet einem beim Engagement für mehr soziale Gerechtigkeit oft das Problem, dass bestimmte Politiker Ressentiments gegen sozial Bedürftige, Menschen mit Migrationshintergrund, Jugendliche mit Startschwierigkeiten usw. bedienen. Die Ansprechbarkeit von Teilen der Bevölkerung auf diese Ressentiments hat auch damit zu tun, dass verunsicherte Menschen aus der Mittelschicht, die im Zuge der Bildungsexpansion der 1960er und 1970er Jahre selbst erst aufgestiegen sind, die eigene, als prekär wahrgenommene soziale und ökonomische Stellung durch Abgrenzung „nach unten“ abzusichern versuchen. In einer solchen Situation kommt es politisch vor allem darauf an zu betonen, wie sehr wir in unserer Gesellschaft alle davon profitieren, wenn es gelingt, dass wir uns alle mehr umeinander kümmern, indem z.B. alle jungen Menschen optimal in Bildung und Beruf integriert werden, und dass angesichts des de-

mographischen Wandels die Furcht unbegründet ist, es könnte zu wenig Arbeitsplätze für zu viele Menschen geben. Das Gegenteil wird der Fall sein. Bessere Integration aller bietet Vorteile für alle!

Was die weltweite Armut und Ungerechtigkeit angeht<sup>31</sup>, so sind hier strukturelle Veränderungen nötig, die politisch nur dann durchgesetzt werden können, wenn es gelingt, die Zivilgesellschaften in möglichst vielen Ländern in Richtung der Wahrnehmung von mehr Verantwortung für den Planeten zu bewegen. Durch die Arbeit ihrer Hilfswerke<sup>32</sup>, durch die Aktivitäten verschiedener Verbände<sup>33</sup>, auch durch entsprechende Bildungsarbeit in Akademien sowie wissenschaftliche Projekte<sup>34</sup> leistet die Katholische Kirche bereits jetzt einen wichtigen Beitrag dazu. Trotzdem könnte m. E. in dreierlei Hinsicht deutlich mehr geschehen:

Natürlich kann jeder Einzelne einen, wenn auch nur kleinen, symbolisch aber oft wichtigen Beitrag leisten: Wir können und sollten mehr Geld für Hilfsorganisationen spenden, mehr Fair-Trade-Produkte kaufen, überhaupt beim Einkauf auf soziale und ökologische Zertifikate achten, weniger Fleisch essen, weniger Energie verbrauchen und auf erneuerbare Energien umsteigen, mehr öffentliche Verkehrsmittel nutzen, bei Geldanlagen auf soziale und ökologische Aspekte achten usw.<sup>35</sup> Die Katholische Kirche könnte in ihren eigenen Einrichtungen, beim eigenen Personal und bei ihren Gläubigen viel mehr darauf achten, dass ein solch verändertes Konsumverhalten zur Norm wird. Warum muss man es in kirchlichen Tagungshäusern beispielsweise besonders anmelden, wenn man vegetarisch essen möchte? Es sollte umgekehrt sein, dass diejenigen, die Fleisch essen möchten, dies vorher extra bestellen müssen.

Aber selbstverständlich sollte das kirchliche Handeln nicht auf diese individuelle Ebene beschränkt bleiben. Weil die Katholische Kirche überall auf der Welt und in nahezu allen kulturellen Kontexten präsent ist, könnte sie einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass sich die Menschheit über kulturelle Grenzen hinweg auf die nötigen Gemeinsamkeiten ver-

ständigigt. Sicherlich könnte sie sich dazu verstärkt auch in interreligiösen Diskursen engagieren, aber viel wäre schon gewonnen, wenn sie sich auf interkulturelle Diskurse unter Katholiken konzentrieren würde, also beispielsweise bemühen würde, klimawandel-skeptische US-amerikanische Katholiken mit Katholiken aus den Philippinen, deren Inseln von häufigen Taifunen heimgesucht und durch den Anstieg des Meeresspiegels bedroht sind, ins Gespräch zu bringen. Die Katholische Kirche könnte so ein wichtiger Katalysator der notwendigen weltweiten Reformprozesse werden.

Ganz entscheidend aber scheint mir zu sein, dass es der Kirche gelingt, den an ihrer Basis derzeit häufiger zu beobachtenden Tendenzen einer schädlichen Milieuverengung, eines Rückzugs hinter Kirchenmauern, eines Verständnisses von weltabgewandter Spiritualität, einer zunehmenden Selbstbeschäftigung entgegenzuwirken. Die kirchlichen Amtsträger könnten und müssten den Gläubigen deutlich machen, dass im Zentrum der christlichen Botschaft die „absolute Vorrangigkeit des ‚Aus-sich-Herausgehens auf den Mitmenschen zu‘“ (EG 179) steht. Nicht nur der Papst, alle, die in der Kirche Verantwortung tragen, müssen davor warnen, „dass der Schwerpunkt manchmal mehr auf äußeren Formen von Traditionen einiger Gruppen oder auf hypothetischen Privatoffenbarungen liegt, die absolut gesetzt werden.“ (EG 70) Solche Fehlentwicklungen will der Papst überwinden, „indem man die Kirche in Bewegung setzt, dass sie aus sich herausgeht, in eine auf Jesus Christus ausgerichtete Mission, in den Einsatz für die Armen.“ (EG 97) Nur wenn es die Kirche schafft, sich von „einer weltlichen Kirche unter spirituellen oder pastoralen Drapierungen“ (EG 97) zu befreien, wird sie in der Lage sein, die Zeichen der Zeit zu erkennen und ihre Pflicht im Angesicht der Nöte der Menschheit sowohl in Deutschland als auch weltweit zu erfüllen.

*Der Autor lehrt Christliche Sozialethik an der Universität Mainz und ist Schrifileiter der ET-Studies, der Zeitschrift der Europäischen Gesellschaft für Katholische Theologie.*

*Literaturverzeichnis*

- Bernardy, Anne; Kruip, Gerhard** (2014): Chancen der Erneuerung. Das weltkirchlich-solidarische Engagement katholischer Verbände. In: *Herder Korrespondenz* 68 (8), S. 398–402.
- Bonin, Holger** (2014): Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt. Gütersloh. Online verfügbar unter [https://www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/user\\_upload/Bonin\\_Beitrags\\_Zuwanderung\\_zum\\_dt\\_Staatshaushalt\\_141204\\_nm.pdf](https://www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/user_upload/Bonin_Beitrags_Zuwanderung_zum_dt_Staatshaushalt_141204_nm.pdf), zuletzt aktualisiert am 30.08.15.
- Bosch, Gerhard; Kalina, Thorsten** (2015): Die Mittelschicht in Deutschland unter Druck. Hg. v. IAQ (Institut Arbeit und Qualifikation), Universität Duisburg–Essen (IAQ-Report, 2015/04). Online verfügbar unter <http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2015/report/2015-04.pdf>, zuletzt geprüft am 30.08.2015.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales** (Hg.) (2013): Lebenslagen in Deutschland – Vierter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Köln.
- Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung; Bundesministerium für Gesundheit** (Hg.) (2015): Drogen- und Suchtbericht. Berlin.
- Kruip, Gerhard** (2010): Globalisierung der Solidarität. Die katholische Kirche als global Player und die Rolle der kirchlichen Hilfswerke in Deutschland. In: *Zeitschrift für Missionswissenschaft und Religionswissenschaft* 94 (3–4), S. 213–228.
- Kruip, Gerhard** (2012): Plädoyer für eine „Kultur des Kümmerns“. In: *Deutscher Caritasverband* (Hg.): Caritas 2013. Jahrbuch des DCV. Freiburg i. Br., S. 90–96.
- Kruip, Gerhard** (2014): „Die Befreiung und die Förderung der Armen“ (EG 187). Zum lateinamerikanischen Hintergrund von Papst Franziskus. Mönchengladbach (Kirche und Gesellschaft, 408).
- Kruip, Gerhard** (2015): Globale Herausforderungen – auch die Kirche selbst steht in der Pflicht! In: *Wort und Antwort* 56 (3), S. 120–125.
- Lorscheider, Aloisio** (1984): Worte während der „Nacht der Solidarität“ in München, 7.7.84. In: *Publik-Forum*, 27.7.84.
- Neuhoff, Katja** (2015): Bildung als Menschenrecht. Systematische Anfragen an die Umsetzung in Deutschland. Bielefeld.
- Renn, Ortwin** (2014): Das Risikoparadox. Warum wir uns vor dem Falschen fürchten. Frankfurt am Main.
- Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“** (2005): Ökonomisch motivierte Migration zwischen nationalen Eigeninteressen und weltweiter Gerechtigkeit. Bonn.
- Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz** (Hg.) (2008): Aparecida 2007. Schlussdokument der 5. Generalversammlung des Episkopats von Lateinamerika und der Karibik, 13.–31. Mai 2007. Bonn (Stimmen der Weltkirche, 41).
- Statistisches Bundesamt** (Hg.) (2015): Zeitverwendungserhebung 2012/2013. Aktivitäten in Stunden und Minuten für ausgewählte Personengruppen. Wiesbaden.
- United Nations** (Hg.) (2015): The Millennium Development Goals Report 2015. New York: UN.
- Vereinte Nationen** (2000): Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen New York. Online verfügbar unter <http://www.unric.org/html/german/mdg/millenniumerklaerung.pdf>.

*Anmerkungen*

- <sup>1</sup> Vgl. hierzu Kruip 2014.
- <sup>2</sup> Lorscheider 1984.
- <sup>3</sup> Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2013, siehe v.a. die Zusammenfassung III–XLVIII.
- <sup>4</sup> Im August 2015 gab es nur noch 2,8 Millionen Arbeitslose: <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/arbeitsmarkt-august-101.html>.
- <sup>5</sup> Das sogenannte Medianeinkommen ist nicht das Durchschnittseinkommen sondern dasjenige Einkommen, das die Gesamtbevölkerung in exakt zwei gleiche Hälften teilt. Die eine Hälfte hat ein geringeres, die andere ein höheres Einkommen. Dieses Medianeinkommen lag 2009 bei 1610 Euro netto im Monat, die Armutsschwelle bei 60% des Medianeinkommens lag dann also bei 966 Euro. Alle Hartz-IV-Empfänger (9,1% der Bevölkerung) gelten somit als „arm“.
- <sup>6</sup> Denn bei der Berechnung des Haushaltseinkommens pro Kopf wird das Gesamteinkommen bei der Verteilung auf die einzelnen Personen gewichtet, der Haupteinkommensbezieher des Haushalts mit dem Faktor 1,0, alle übrigen Haushaltsmitglieder über 14 Jahren mit 0,5 und Personen unter 14 Jahren mit 0,3. Bei einem Haushalt mit einem Elternpaar und zwei erwachsenen Kindern würde sich bei einem Haushaltsnettoeinkommen von 3200 Euro dann ein gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen von 1280 Euro ergeben, die Perso-

- nen in diesem Haushalt lägen deutlich über der Armutsschwelle. Lassen sich die Eltern dann aber scheiden und gründen die Kinder einen eigenen Haushalt, ergibt sich bei gleichem Gesamteinkommen ein Pro-Kopf-Einkommen von 800 Euro, sie liegen dann also alle unter der Armutsschwelle.
- <sup>7</sup> *Bosch und Kalina* 2015.
- <sup>8</sup> Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz 2008, Nr. 402.
- <sup>9</sup> Die größte Gruppe darunter sind 1,77 Millionen Alkoholabhängige. Von der Abhängigkeit von Medikamentenmissbrauch sind etwa 1,2 Millionen betroffen. Von Cannabis sind etwa 400.000 Personen, von Kokain 160.000, von Amphetaminen 80.000, von Heroin etwa 75.000 abhängig. Die Zahlen dürfen natürlich nicht aufaddiert werden, die Gesamtzahl an betroffenen Personen lässt sich aber auf ungefähr 3 Millionen schätzen. Die 13,6 Millionen Raucher/innen sind hierbei nicht berücksichtigt. Alle Zahlen aus Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung und Bundesministerium für Gesundheit 2015.
- <sup>10</sup> Zahl des Statistischen Bundesamtes: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Gesundheit/Pflege/Pflege.html> (30.08.15).
- <sup>11</sup> [https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2014/07/PD14\\_266\\_227.html](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2014/07/PD14_266_227.html) (30.08.15).
- <sup>12</sup> Berechnet auf der Basis von [http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/Tabellen\\_Excel/tabelleB22.xls](http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/Tabellen_Excel/tabelleB22.xls).
- <sup>13</sup> Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2013, XXXIX.
- <sup>14</sup> <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Rechtspflege/Justizvollzug/Aktuell.html> (30.08.15).
- <sup>15</sup> [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Rechtspflege/Strafverfolgung-Vollzug/KrankenhausMassregelvollzug/PDF\\_5243202.pdf?\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Rechtspflege/Strafverfolgung-Vollzug/KrankenhausMassregelvollzug/PDF_5243202.pdf?_blob=publicationFile) (30.08.15).
- <sup>16</sup> Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2013, 393.
- <sup>17</sup> Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2013, XXXIX.
- <sup>18</sup> [https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Gesundheit/Todesursachen/Tabellen/Sterbefaelle\\_SuizidMonateZeitreihe.html](https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Gesundheit/Todesursachen/Tabellen/Sterbefaelle_SuizidMonateZeitreihe.html) (30.08.15).
- <sup>19</sup> <http://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2015/20150819-BM-zur-Asylprognose.html>.
- <sup>20</sup> <http://www.unhcr.de/service/zahlen-und-statistiken.html> (30.08.2015)
- <sup>21</sup> *Bonin* 2014.
- <sup>22</sup> Vgl. auch Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ 2005.
- <sup>23</sup> Vereinte Nationen 2000.
- <sup>24</sup> United Nations 2015. Alle folgenden Zahlen sind diesem Bericht entnommen.
- <sup>25</sup> Zahlen der Weltbank aus <http://www.worldbank.org/en/topic/poverty/overview> (30.08.15).
- <sup>26</sup> Im Folgenden verwende ich Teile aus *Kruip* 2015.
- <sup>27</sup> Ausführlicher dazu *Kruip* 2012.
- <sup>28</sup> Statistisches Bundesamt 2015.
- <sup>29</sup> Gegenüber 2001/2002 ist das ehrenamtliche Engagement leicht zurückgegangen, während die Mediennutzung zugenommen hat.
- <sup>30</sup> Vgl. *Neuhoff* 2015.
- <sup>31</sup> Im folgenden verwende ich wieder Teile aus *Kruip* 2015.
- <sup>32</sup> *Kruip* 2010.
- <sup>33</sup> *Bernardy und Kruip* 2014.
- <sup>34</sup> Siehe beispielsweise die Veröffentlichungen der wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben auf <http://www.dbk-shop.de/de/Deutsche-Bischofskonferenz/Publikationen-der-wissenschaftlichen-Arbeitsgruppe-fuer-weltkirchliche-Aufgaben.html>.
- <sup>35</sup> Vgl. *Renn* 2014, 603–604.